

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Vielleicht merken wir das sogar als Freie Demokraten gar nicht mehr: Moral, Framing, Nudging und fast religiös angehauchte Annahmen über den Planeten, den Kontinent und gar seine Bürger ersticken die Meinungsvielfalt im Keim. Wenn Sie die Berichte (wie immer höchstens 10 % dessen, was sich da so in den offiziellen Berichten tummelt) mit den Augen liberaler Ordnungspolitik oder gar eines Bürgers lesen, der über sein Leben selbst bestimmen will, dann merken Sie, wie tief wir bereits in der staatlichen Planung und Lenkung aller Lebensbereiche stecken. Daran ist natürlich nicht die EU alleine schuld, der Trend entsteht in den Mitgliedsstaaten. Aber die zentrale Bürokratie in Form der Kommission und von den Ländern losgelöste Institutionen wie das Parlament verstärken den Trend. Ich fange an, zu resignieren, weil ich keine Chance sehen, irgendetwas Entscheidendes noch umkehren zu können.

In eigener Sache: Darf ich alle Leser aus dem Kreisverband Offenbach-Land daran erinnern, dass am 16. März 2019 um 14.00 Uhr in Seligenstadt die Kreismitgliederversammlung stattfindet, auf der ein neuer Vorstand gewählt wird. Bitte kommen Sie zahlreich!

## Europäischer Rat

### Festlegung der Prioritäten für den EU-Haushalt 2020

Der Rat teilte am 12.02.2019 seine Auffassung zu den Prioritäten für den EU-Haushalt 2020 mit. Seiner Ansicht nach sollen beim EU-Haushalt für 2020 der bestehende Rahmen, die Halbzeitüberprüfung und die in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen in vollem Umfang beachtet werden. Ferner fordert er eine umsichtige Haushaltsplanung und ausreichende Spielräume. Der Haushaltsplan 2020 sollte ausreichende Mittel bereitstellen, um die europäische Wirtschaft in den vom geltenden mehrjährigem Finanzrahmen abgedeckten Bereichen weiter zu stärken. Der Rat hebt hervor, dass eine transparente, sorgfältige und verantwortungsvolle Nutzung der Ressourcen der EU ein Grundprinzip darstellt, das das europäische Projekt den Bürgerinnen und Bürgern der EU näherbringen kann. Der Rat wird zudem einen realistischen Haushaltsplan für 2020 unterstützen, bei dem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem umsichtigen haushaltspolitischen Kurs und Ausgaben im Sinne der Prioritäten der EU besteht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/02/12/council-sets-priorities-for-the-2020-eu-budget/>

### Tagung von ECOFIN und Eurogruppe

Am 11.02./12.02.2019 tagten in Brüssel die Eurogruppe und der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die Minister diskutierten den Kommissionsvorschlag für einen



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

schrittweisen Übergang zur Entscheidung per qualifizierter Mehrheit in bestimmten Bereichen der EU-Steuergesetzgebung. Die überwiegende Anzahl der Mitgliedstaaten hatte dabei erhebliche Bedenken oder sprach sich sogar dagegen aus, insbesondere kleinere Länder. Andere machten sich zumindest für eine Verbesserung des Beschlussverfahrens stark. Nach der Einigung im Dezember 2018 zur Geldwäschebekämpfung vereinbarte der ECOFIN nun auch seinen restlichen Standpunkt für die Verhandlungen der Mitgliedstaaten mit dem EP zur Überarbeitung des Systems der europäischen Finanzaufsichtsbehörden (sESA-Review). Dieser Standpunkt entspricht dem Kompromissvorschlag der letztjährigen AUTRatspräsidentschaft und bleibt daher hinter den Kommissionsvorschlägen zur weiteren Stärkung der EU-Behörden zulasten der nationalen Aufsicht zurück.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2019/02/12/>

## Deutsche Ratspräsidentschaft 2020

In weniger als 500 Tagen startet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Für sechs Monate, vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020, wird die Bundesregierung bei den Sitzungen des Europäischen Rates den Vorsitz innehaben und auch den Rat extern vertreten. Den Rahmen für das inhaltliche Programm ihrer Ratspräsidentschaft erarbeitet die Bundesregierung zusammen mit den Regierungen von Portugal und Slowenien, die im Jahre 2021 den Vorsitz übernehmen werden. Um trotz des regelmäßigen Wechsels nach sechs Monaten langfristige Politikprojekte bearbeiten zu

können, schließen sich jeweils drei Ratsvorsitze zu einem sogenannten Präsidentschafts-Trio zusammen und erarbeiten ein 18-Monatsprogramm.

## Unterstützung für die Ukraine

Die Außenministerinnen und -minister der EU bekräftigten im Rahmen des Rats für Auswärtige Angelegenheiten am 8.02.2019 ihre Unterstützung der Unabhängigkeit, territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und forderten wiederholt die sofortige Freilassung der ukrainischen Seeleute und Rückgabe der Schiffe, die von Russland an der Straße von Kertsch festgesetzt wurden. In diesem Zusammenhang erörterten sie auch Möglichkeiten zur Unterstützung der betroffenen ukrainischen Gebiete am Asowschen Meer und der Straße von Kertsch, insbesondere im Bereich Infrastruktur, Ausbildung und KMU. Ferner begrüßten sie das Inkrafttreten des sog. Prespa-Abkommens zwischen GRI und Nordmazedonien und die offizielle Namensänderung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien in Nordmazedonien.

[https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2019/02/18/?utm\\_source=dsms-au-to&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Foreign+Affairs+Council%2c+18%2f02%2f2019](https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2019/02/18/?utm_source=dsms-au-to&utm_medium=email&utm_campaign=Foreign+Affairs+Council%2c+18%2f02%2f2019)

## **Europäische Kommission**

### EU-Berechnungen: Gewinne durch Abkommen mit USA

Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA im Industriebereich hätte, laut



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

einer Meldung der EU-Kommission vom 19. Februar, für beide Seiten signifikante Vorteile. Bis 2033 wird für die EU ein Exportanstieg in die USA um acht Prozent und für US-Exporte in die EU um neun Prozent erwartet.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1985>

## Juncker-Fonds in der Kritik

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat sich in einem Sonderbericht kritisch mit der bisherigen Bilanz des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen, EFSI, auseinandergesetzt. Danach habe der nach seinem Erfinder auch als „Juncker-Fonds“ bezeichnete Investitions-Topf, bei dem ein Lenkungsrat mit drei Vertretern der Kommission und einem Abgesandten der Europäischen Investitionsbank (EIB), ein Investitionsausschuss und ein geschäftsführender Direktor entscheidungsbefugt sind, teilweise private Investoren verdrängt. Außerdem sei der angestrebte Faktor für die Hebelung privaten Kapitals (1:15) aufgrund von doppelter bzw. nicht korrekter Zählung nicht erreicht worden. Hierzu muss man wissen, dass der EFSI nur zu einem kleinen Teil mit eingezahltem Kapital aus dem EU-Haushalt und der EIB sowie den Einzahlungen einzelner Mitgliedstaaten arbeitet. Zum größten Teil handelt es sich um abrufbares Kapital bzw. um Garantien. Insgesamt, so ist geplant, sollten zwischen 2015 und 2020 mit gut 33 Mrd. Euro öffentlichem Geld Investitionen in Höhe von 500 Mrd. Euro angestoßen werden. Dieses Geld sollte in nennenswertem Umfang in Vorhaben kleinerer und mittlerer Unterneh-

men fließen. Ein weiterer Kritikpunkt des ERH ist die aus seiner Sicht unzureichende geographische Verteilung der EFSI-geförderten Projekte.

Zur Kritik im Einzelnen: So hätten 31 Prozent der befragten Investoren im Geschäftsfeld Infrastruktur und Innovation, dem weitestgehend größten Teil des Fonds, ihre Projekte nach eigenen Angaben auch ohne finanzielle Unterstützung der EU vollständig über den privaten Kapitalmarkt finanzieren können. Die Investitionsbedingungen über den EFSI seien aber deutlich günstiger gewesen. Genau dies habe auch anderen Förderprogrammen des EU-Haushalts, wie der Europa-verbindenden-Fazilität, zum Nachteil gereicht. Für diese gelten im Allgemeinen strengere Förderbedingungen. Ein wesentliches Kriterium sei schließlich die Zusätzlichkeit der vom EFSI geförderten Förderprojekte gewesen.

Die EU-Kommission hält ihren Kritikern entgegen, dass sie bei der 2017 erfolgten zeitlichen und betragsmäßigen Ausweitung des „Juncker-Fonds“ zahlreiche Verbesserungen vorgenommen habe. So prüfe man vor der Kreditvergabe nun systematisch, ob ein Marktversagen vorliege. Zudem will die EU im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens unter dem Namen „Invest-EU“ 14 bisher separate Finanzinstrumente zusammenführen und damit alle noch verbleibenden Überschneidungen beseitigen. Die Kritik an der geographischen Verteilung der Projekte lasse sich leicht entkräften: Zwar sei in absoluten Zahlen das meiste Fördergeld nach Frankreich, Italien und Spanien geflossen. Wenn man die Förderung aber ins Verhältnis zum Bruttoinlands-



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

produkt der geförderten Staaten setze, lägen Griechenland, Portugal und die drei baltischen Staaten an der Spitze.

## Deutsche Industrie zahlt am meisten für Strom

Die Preise für einen durchschnittlichen Industriekunden sind in Deutschland höher als in allen anderen EU-Staaten. Dies zeigt der Bericht zu Energiepreisen- und Kosten, den die EU-Kommission Anfang Januar 2019 vorgelegt hat.

Im Jahr 2017 lagen die mittleren Industriepreise in Deutschland nach Angaben der EU-Kommission bei 142 "/MWh. Deutschland ist hiermit Spitzenreiter in Europa, vor Italien und Zypern, die Industriepreise von 133 "/MWh aufweisen. In Frankreich liegen die Preise bei unter 80 "/MWh. Die EU-Kommission erläutert, dass die Kosten in Deutschland vor allem auf die hohen Steuern und Abgaben zurückzuführen sind. Doch auch bei den Netzkosten ist Deutschland mit Platz drei ganz vorne mit dabei.

Die Zahlen der EU-Kommission erfassen die Preise für Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch von 2 000 bis 20 000 MWh. Die Brüsseler Behörde verweist zudem darauf, dass einige Länder, wie Deutschland, energieintensive Unternehmen teilweise von Steuern und Abgaben befreien.

Die Preise für kleine und sehr große Verbraucher sind in Deutschland ebenfalls höher als in fast allen anderen EU-Ländern. Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von 20 bis 500 MWh zahlen mit 192 "/MWh im Schnitt mehr als in allen anderen EU-Ländern. Großverbraucher mit einem Ver-

brauch von 70 000 bis 150 000 MWh zahlen in Deutschland 114 "/MWh. Nur in Zypern sind die Preise noch höher (117 "/MWh).

Auch im internationalen Vergleich sind die deutschen Industriepreise besonders hoch. Im Kreis der nicht-europäischen G20-Länder weisen nach Berechnungen des IMD World Competitiveness Center lediglich Japan, Brasilien und Indien höhere Preise auf.

Die Strompreise für Haushalte (305 "/MWh) sind in keinem anderen Land in der EU höher als in Deutschland. Zum ersten Mal liegt Deutschland im Jahr 2017 vor Dänemark (289 "/MWh). In Frankreich zahlen Haushalte im Schnitt knapp über 150 "/MWh.

## Einigung über Europäische Arbeitsbehörde

Am 14.02.2019 haben Kommission, Rat und EP im Trilogverfahren eine Einigung über die im März 2018 von der Kommission vorgeschlagene Europäische Arbeitsbehörde erzielt. Vor dem Inkrafttreten der Verordnung müssen Rat und EP dieser noch formell ihre Zustimmung erteilen. Die Europäische Arbeitsbehörde soll im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte das Netz der Europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) ergänzen, die europaweite Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten garantieren und die Arbeitsmobilität unter den europäischen Beschäftigten fördern. Damit wird sich die Zuständigkeit der Behörde auf die effizientere Anwendung der Vorschriften zur Arbeitskräftemobilität und Entsendung von Arbeitnehmern und zur Koordinierung der Systeme sozialer Si-



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

cherheit konzentrieren, ohne dabei neue Zuständigkeiten auf europäischer Ebene zu schaffen. Ihr Jahresbudget soll mit 140 Beschäftigten (davon 60 nationale Verbindungsbeamte) bei 50 Mio. EUR liegen. Diese Ausgaben sollen an anderer Stelle durch Effizienzsteigerungen kompensiert werden. Die Arbeitsbehörde soll noch in diesem Jahr eingerichtet werden und bis 2023 volle Operabilität erreichen.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=19157&langId=en>

## Kommission prognostiziert mäßiges Wirtschaftswachstum

Nach der Winterprognose der Kommission hat sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte von 2018 abgeschwächt. Der Welthandel habe nachgelassen, die Zuversicht der Bürger habe abgenommen und die Produktion sei in einigen Mitgliedstaaten durch vorübergehende binnenwirtschaftliche Faktoren in Mitleidenschaft gezogen worden, weshalb das Wachstum nicht so ausgeprägt wie in den Vorjahren sei. Das BIP werde im Euroraum 2019 voraussichtlich um 1,3% und 2020 um 1,6% wachsen (vergangene Herbstprognose: 1,9% für 2019 und 1,7% für 2020). Auch für die EU wurde die BIP-Wachstumserwartung heruntergeschraubt, und zwar auf 1,5% im Jahr 2019 und 1,7% im Jahr 2020 (Herbstprognose: 1,9% für 2019 und 1,8% für 2020). Die Gesamtinflation lag 2018 insgesamt bei 1,7%, für 2019 werden 1,6% erwartet. Außerdem bereitet der bevorstehende Brexit der EU nach wie vor Unsicherheit.

[https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-andforecasts/economic-forecasts/winter-2019-economic-forecast-growth-moderatesamid-global-uncertainties\\_de](https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-andforecasts/economic-forecasts/winter-2019-economic-forecast-growth-moderatesamid-global-uncertainties_de)

## EU-Bildungsprogramm Erasmus+: Deutschland erhält mehr Geld

Mit dem am 17. Februar von der EU-Kommission beschlossenen überarbeiteten Jahresprogramm für ERASMUS+ geht auch eine deutliche Aufstockung des Budgets für 2019 einher. Zusätzlich zu den für dieses Jahr bereits eingeplanten drei Mrd. Euro werden weitere 251 Mio. Euro bereitgestellt. Deutschland erhält daraus 25 Mio. Euro zusätzlich. Von dieser Mittelaufstockung profitieren auch Absolventen der Beruflichen Bildung. Im Jahr 2018 hatten insgesamt 28.170 deutsche Auszubildende, Berufsfachschüler und betriebliche Ausbilder eine von ERASMUS+ geförderte Lern- und Arbeitserfahrung im EU-Ausland gemacht. Diese ERASMUS+-Stipendien haben in Deutschland erheblich dazu beigetragen, dass nach Angaben der beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelten Nationalen Agentur für ERASMUS+ in 2018 circa 6,3 Prozent aller deutschen Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Erstausbildung international mobil gewesen sind.

## **Europäisches Parlament**

Europawahl 2019: EP stellt erste Umfrageergebnisse vor

Im Februar hat das Europäische Parlament zum ersten Mal die Ergebnisse seiner Be



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

fragung zur Wahlabsicht in den EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Nach dem Brexit würde das Europäische Parlament statt der bisher 751 Abgeordneten nur noch 705 Volksvertreter beherbergen. Bei ca. der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten wird nach dem Austritt Großbritanniens auch die Zahl ihrer Abgeordneten angepasst.

Laut der Umfrage würde die CDU/CSU stärkste deutsche Kraft, doch die Verteilung der nach wie vor 96 Sitze für Deutschland im Parlament würde sich deutlich ändern: Die Union käme demnach nur noch auf 29 statt der momentan 34 Sitze. Die zweitgrößte deutsche Kraft wäre die Grünen-Fraktion mit 18 Sitzen (17 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Piratenpartei), gefolgt von der SPD (15 Abgeordnete statt der bisher 27. Die größten Zugewinne würde nach heutigem Stand die AfD verbuchen: Statt wie bisher mit einem Abgeordneten wäre sie mit zwölf Abgeordneten präsent. Mit jeweils acht Sitzen folgten FDP (bisher drei) und die Linke (bisher acht). Schlusslicht wären die Freien Wähler mit drei Sitzen, von denen einer auf die Tierschutzpartei entfiel.

Europaweit bliebe die Fraktion der Europäischen Volksparteien (EVP) stärkste Kraft im EP, würde aber statt bisher 217 nur noch 183 Sitze gewinnen. Auch die Fraktion der Progressiven Allianz der Demokraten und Sozialisten (S&D) würde deutlich verlieren: Anstelle der bislang 186 Abgeordneten würde sie nur noch 135 stellen. Gewinne könnte die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) verzeichnen und mit 75 statt bisher 68 Sitzen zur drittstärksten Fraktion werden. Größter Gewinner wäre die Fraktion Europa der Nationen

und Freiheit, die mit 22 zusätzlichen Mandaten vierstärkste Kraft mit insgesamt 59 Sitzen würde.

Die Europäischen Konservativen und Reformisten würden nur noch 51 Sitze statt der bisherigen 75 erhalten. Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken- Nordische Grüne Linke, der auch die Abgeordneten der deutschen Partei Die Linke angehören, würde sechs Sitze verlieren und läge mit 46 Abgeordneten knapp vor der Grünen-Fraktion mit 45 Sitzen, die wiederum sieben Sitze gegenüber der aktuellen Sitzverteilung verlieren würde. Die kleinste Gruppe wäre die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie mit 43 statt wie bisher 41 Sitzen.

## Umweltausschuss fordert noch höhere Klimaziele für die EU . Industrieausschuss sieht das anders

Die Abgeordneten des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments sprechen sich in einer am 20. Februar verabschiedeten unverbindlichen Entschließung für eine Anhebung der europäischen Klimaziele aus. So fordert der Ausschuss für das Jahr 2030 eine Treibhausgasreduzierung von 55 Prozent im Vergleich zu 1990. Bis zum Jahr 2050 spätestens soll die EU dann treibhausgasneutral sein.

Dies bedeutet, dass sich Emissionen und die Absorption von CO<sub>2</sub> durch Umwelt und Technik die Waage halten. Aktuell gilt für das Jahr 2030 ein Zielwert von -40 Prozent. Für das Jahr 2050 wird eine Minderung zwischen 80 und 95 Prozent angestrebt.

Die Abgeordneten gehen davon aus, dass die ambitionierteren Ziele für mehr Wirt



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

schaftswachstum und Arbeitsplätze in Europa sorgen werden. Konkrete Maßnahmen und notwendige Rahmenbedingungen werden jedoch nicht erwähnt. Verwiesen wird lediglich auf eine noch zu entwickelnde neue Industriestrategie, auch für die energieintensiven Branchen, deren Substanz im Unklaren bleibt.

Der Industrieausschuss hat am 19. Februar ebenfalls eine Entschließung verabschiedet. Während er das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 unterstützt, haben die Abgeordneten davon abgesehen, eine Anhebung des 2030-Ziels zu fordern. Unklar ist bisher noch, ob die Entschließungen beider Ausschüsse nun im März im Plenum zur Abstimmung gestellt werden.

Anlass für die Entschließungen des Parlaments ist der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine neue langfristige Klimastrategie vom November 2018. Nächstes Jahr muss die EU in Einklang mit dem Pariser Übereinkommen eine Strategie an die Vereinten Nationen übermitteln. Die Ziele müssen von den Regierungen im Rat verabschiedet werden. Letztere könnten sich beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 9. Mai oder unter der finnischen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr festlegen.

## Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der EU

Das EP hat am 14.02.2019 auf Basis des Berichts von MdEP Franck Proust (EVP/FRA) seinen Standpunkt im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung über ein EU-Instrument zur Überwachung ausländischer Direktinvestitionen (foreign direct in

vestment, FDI) beschlossen (500:49:56). Die Verordnung schafft das erste EU-weite System, das die Überprüfung der ausländischen Direktinvestitionen durch die Mitgliedstaaten aus Gründen der Sicherheit und öffentlichen Ordnung unterstützt. Der Gesetzesvorschlag schützt kritische Infrastrukturen, einschließlich Energieversorgung, Verkehrsnetze, Kommunikation, Datenspeichereinrichtungen und Strukturen zur Analyse großer Datenmengen, Raumfahrt- und Finanzdienstleistungsinfrastrukturen sowie Technologien wie Halbleiter, künstliche Intelligenz und Robotik, Wasserversorgung, das Gesundheitswesen, die Verteidigung, Medien, Biotechnologie und Lebensmittelsicherheit. Der Rat wird den Text voraussichtlich am 05.03.2019 billigen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA2019-0121+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-8>

## Auswahl und Redaktion:



## Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

